



Kripo-Beamte bei Ermittlungen: „Nur das Notwendigste tun“

POLIZEI

KRIMINALBEAMTE

Zwölfacher Luxus

Deutsche Kriminalisten können „oft nur das Notwendigste tun“, sie könnten „bei mehr Zeitaufwand viel mehr leisten“, und sie bezweifeln, daß sie „ausreichend auf künftige Aufgaben vorbereitet werden“.

Mit 2,22 Millionen Straftaten (außer Verkehrs- und Staatsschutzdelikten) erreichte die bundesdeutsche Kriminalstatistik 1969 den absoluten Höchststand, die sogenannte Aufklärungsquote mit 51,2 Prozent dagegen ein absolutes Tief — kaum verwunderlich, daß Kriminalisten konstatieren, sie könnten „ihrem Auftrag ... nicht mehr gerecht werden“.

Solche düstere Selbstdarstellung der Kripo ist das Resultat einer Fragebogenaktion des Landesverbandes Schleswig-Holstein im Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK), an der sich rund 200 Beamte — etwa 45 Prozent aller Kriminalisten des Landes — beteiligten. Verantwortlich für ihre Misere machen sie unter anderem

- ▷ unzureichende Ausbildung und Auslese — 51 Prozent der Befragten fanden die heute übliche kriminalistische Grundausbildung nicht ausreichend, und 62 Prozent meinten, bei der Übernahme in den Kriminaldienst seien ihnen keine „besonders hochgestellten Anforderungen“ abverlangt worden;
- ▷ Unterbesetzung in den meisten Dienststellen — die Hälfte der Kripoleute war der Auffassung, ihre Arbeit leide darunter, daß die Zahl der von einem Beamten zu bearbeitenden Ermittlungsfälle „zu hoch“ oder „nicht mehr zu verantworten“ sei; nur ein Zehntel hielt dagegen den Arbeitsanfall „zur Auslastung ausreichend“;
- ▷ unzeitgemäße Organisationsform der bundesdeutschen Kripo — neun von zehn der Befragten hielten das Nebeneinander von elf eigenständigen Länderpolizeien und einem exekutiv nur in Sonderfällen täti-

gen Bundeskriminalamt für unvoreilhaft, und fast ebenso viele forderten eine nicht mehr der Länderkompetenz zugeordnete Bundeskriminalpolizei.

Diese „überwältigende Mehrheit gegen den Luxus einer zwölfmal verschieden gegliederten Kriminalpolizei“ — so der 2. BDK-Landesvorsitzende und Kripo-Chef von Neumünster, Kriminalhauptkommissar Friedhelm Pollmann — „überraschte“ freilich auch die Initiatoren der Fragebogenaktion. Und Pollmann ist sich sicher, daß diese Forderung „vielen nicht in ihren Kram passen“ werde.

Die Befürchtung ist berechtigt: Bislang ist nicht ein einziges Land bereit, sich von der im Grundgesetz verbürgten Polizeihöhe auch nur ein Stückchen abzwacken zu lassen.

PRESSE

„BAYERISCHE STAATSZEITUNG“

Zum Kommentar

Der „Bayernkurier“, Sprachrohr des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, hat ein neues „Kampfblatt gegen die CSU“ entdeckt: die „Bayerische Staatszeitung“, das offiziöse Organ des CSU-Ministerpräsidenten Alfons Goppel.

„Mit einer Unverfrorenheit ohnegleichen“, so schrieb Dr. Bruno Bandulet, 28, Referent für Ost- und Vertriebenenpolitik der CSU-Landesleitung, in einem „Bayernkurier“-Artikel, werde in der „Staatszeitung“ „auf die Liberalität der CSU spekuliert“.

Goppels „Staatszeitung“, deren wöchentlich 20 000 Exemplare in der Hauptsache in den Amtsstuben des Freistaates gelesen werden, hatte Außenminister Scheels Verhandlungen in Moskau als „begrüßenswertes Ereignis“ deklariert.

Bandulet, Schüler des Würzburger Rechts-Professors von der Heydte, zensierte im „Bayernkurier“: „Offene

* Das Blatt wird von einer Verlagsgemeinschaft („Münchner Zeitungsverlag“ und „Süddeutscher Verlag“) herausgegeben; laut Vertrag mit dem Freistaat Bayern sind jedoch der Staatskanzlei weitgehende verlegerische Verfügungsrechte eingeräumt.

Verhöhnung der CSU“ und „Propaganda für die Linksparteien“.

Der erst vor einem halben Jahr von der CSU angemusterte Heydte-Schüler: „Hier muß schnellstens Abhilfe geschaffen werden.“ Bandulets Vorschlag, um dem „Mißbrauch des Zeitungstitels ein Ende zu setzen“:

- ▷ „Entzug des amtlichen Teils“, um „dem Blatt unverzüglich die Existenzgrundlage zu nehmen“, und
- ▷ den „von der SPD eingesetzten Chefredakteur“ zu entlassen, weil er es gewagt habe, „unter den Augen der Regierungspartei deren außenpolitische Vorstellungen herabzuwürdigen“.

Ministerpräsident Alfons Goppel, der den Chefredakteur der „Staatszeitung“ berufen oder abberufen und die politischen Zielsetzungen des Blattes bestimmen kann, reagierte gelassen. Zu irgendwelchen Maßnahmen sehe er „derzeit keinen Anlaß“.

Denn: „Staatszeitungs“-Chefredakteur Karlheinz Lange, der — obschon Mitglied der in Bayern oppositionellen SPD — mit seinen vier Redakteuren ohnehin einen sachten Kurs zu fahren pflegt („Parteilpolitische Enthaltensamkeit gehört zum Kommando“), war überdies in Urlaub. Sein Stellvertreter Armin Ganser aber, der die vom „Bayernkurier“ kritisierte Ausgabe verantwortete, ist Mitglied der CSU.

„Staatszeitungs“-Chef Lange: „Die wollten mich abschießen, eine Sache von ganz dummen, jungen Kerlen.“



Kritiker Bandulet, „Staatszeitung“ „Schnellstens Abhilfe schaffen“